

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 30 (1989)  
**Heft:** 17

**Artikel:** Menetekel?  
**Autor:** Brügger, Christian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093691>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Menetekel?

**Zur Bekämpfung der Kriminalität hat man in der Sowjetunion ein Massnahmenbündel beschlossen, das auch als Massnahmenbündel zur Niederschlagung von Unruhen geeignet ist oder zur Herstellung von Ruhe und Ordnung überhaupt. Die Eventualitäten sind weder zu dramatisieren noch zu verniedlichen, aber der Vorbehalt der Anwendung ist gegeben und muss gesehen werden.**

Die zentrale Presse veröffentlichte am 6. August den von Gorbatschow unterzeichneten Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR über «die entschlossene Verstärkung der Kriminalitätsbekämpfung».

## Dringlichkeitsmassnahmen

Mit einer Gültigkeitsdauer von zwei Jahren werden hier etliche Vorkehrungen getroffen, die faktisch den Charakter von Dringlichkeitsmassnahmen haben.

– In allen territorialen Einheiten der UdSSR, von den Sowjetrepubliken an bis zu den Bezirken, werden im abgestuften Aufbau provisorische Komitees zur Kriminalitätsbekämpfung gebildet. Ihnen gehören Vertreter von Staatsanwaltschaft, Innenministerium (MWD), KGB und Justizministerium zusammen mit Volksdeputierten an.

– Sämtliche staatliche Institutionen und sämtliche gesellschaftliche Organisationen

## In dieser Nummer

|   |    |
|---|----|
| <b>Renegaten und Raketen</b> .....          | 4  |
| Argentinien und die arabischen Staaten      |    |
| <b>Zusammenhänge</b> .....                  | 4  |
| Zu Burma und zum Golfrieden                 |    |
| <b>Gesetze hinterher</b> .....              | 6  |
| Juristische Aspekte der Perestrojka         |    |
| <b>Was uns die Polen sagen</b> .....        | 8  |
| Ein bemerkenswertes Essay aus Moskau        |    |
| <b>Korpskommandant Lüthy in Polen</b> ..... | 9  |
| Interview in einer polnischen Zeitschrift   |    |
| <b>Siebenbürgen</b> .....                   | 11 |
| Eine Leserrepublik                          |    |
| <b>Alltag drüben</b> .....                  | 12 |
| DDR und Sowjetunion                         |    |

sind verpflichtet, diesen Sonderkomitees behilflich zu sein.

– Innerhalb von 30 Tagen soll das Innenministerium die Kriminalitätsrate vermindern; seine Mannschaften werden zum Waffengebrauch «in schwierigen Situationen» ermächtigt.

– So bald wie möglich sind verschärfte Strafen für Körperverletzung einzuführen, insbesondere dann, wenn Polizisten betroffen sind.

– Ebenso sind strengere und beschleunigte («operative») Gerichtsverfahren für bestimmte Delikte wie Mord, Vergewaltigung oder Spekulation einzuführen.

– Der Polizei werden sofort technische Mittel wie Helikopter und Spezialfahrzeuge in vermehrtem Ausmass zur Verfügung gestellt.

– Die Zahl der MWD-Truppeneinheiten wird erhöht zum ausdrücklich genannten Zweck, «die notwendigen Massnahmen im Fall von Massenungehorsam» zu treffen.

## Ambivalenz

Das Paket hat einen gemischten Inhalt. Zum Beispiel sind Vergewaltigungen und Massenungehorsam doch Tatbestände von unterschiedlicher Qualität, und zum Kampf gegen Spekulation braucht die Polizei keine zusätzlichen Helikoptergeschwader. Die strengeren «operativen» Gerichtsverfahren riechen entfernt nach Sondergerichten, und das zusätzliche Netz von Komitees zur Verbrechensbekämpfung wird einem Land überzogen, in welchem es ohnehin schon jede Menge an Ordnungskräften gibt und wo insbesondere das Innenministerium über eigene Truppen verfügt, die in den Ländern unseres Typs keine Entsprechung haben. Ferner bedeutet die Tatsache, dass alle gesellschaftlichen Organisationen zur Hilfe an die ausserordentlichen Gremien verpflichtet werden, eine hilfspolizeiliche Aufgabenstellung für ausserstaatliche Gruppierungen. Kurz: Der Beschluss zur Kriminalitätsbekämpfung brauchte nicht viel anders auszusehen, wenn er Beschluss zur Bekämpfung von politischen Unruhen hiesse. Man führt eine Art von befristeten Notstandsmassnahmen ein, ohne dass der Notstand ausgerufen worden wäre.

Nicht vonnöten ist dabei die Unterstellung, dass die Verbrechensbekämpfung nur ein vorgebliches Motiv sei. In Umbruchzeiten nimmt die schiere Kriminalität genauso zu wie politische und gesellschaftliche Formen von Ordnungswidrigkeit zunehmen, und je mehr die überlieferte Ordnung angefochten ist, desto mehr vermischen sich auch die Kategorien. So dass man mit der schlichten Kriminalitätsbekämpfung anfangen kann ohne zu garantieren, wo sie aufhören wird.

In einem Umbruchzustand befindet sich die Sowjetunion tatsächlich, seit sie ihren totalitären Griff über die Bevölkerung aufgegeben bis verloren hat. Das Untertanenverhältnis ist ins Wanken gekommen, sowohl für die Sowjetbürger als auch für die Sowjetvölker, und niemand weiss mehr, welche genauen Machtverhältnisse denn noch zu verteidigen sind.

Unter solchen Umständen muss die Kriminalitätsrate steigen, und allen Angaben nach tut sie es auch, wobei der optische Effekt noch dadurch gesteigert wird, dass die frühere Leugnung entfällt. Dass man etwas gegen die Zunahme der Verbrechen tun will, scheint plausibel. Die Frage ist freilich, wo man die Grenze zwischen Verbrechen und politisch-sozialem Aufbegehren zieht, und da berührt es beim vorliegenden Beschluss des Obersten Sowjet schon etwas unheimlich, wie grenzüberschreitend die Beispiele sind. Kriminalität wie Sexualverbrechen, Kriminalität wie Massenungehorsam: Dieses Verständnis von Einheit der Materie hatte man schon vor der Perestrojka.

## Polnische Assoziationen . . .

Wie sich die ausserordentlichen Massnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung im deklarierten Sinn auswirken werden, bleibt noch zu sehen, aber: Haben sie möglicherweise auch noch einen undeckelten Sinn? Sind die Sonderkomitees am Ende nur die Vorbereitungskomitees für eine Vollbremsung im Bedarfsfall? Eine Erinnerung:

In Polen kam es im Spätsommer 1981, während der ersten Solidarnosc-Blüte, zu einer damals wenig bemerkten und heute vergessenen Randerscheinung. Das Regime beschloss einige Massnahmen zur Bewahrung oder zur Wiederherstellung der Produktionsdisziplin. Im Rahmen dieser Aktio-

nen schickte man kleine Gruppen von Offizieren in die Betriebe. Die Militärs richteten dort ein Büro ein und walteten ohne ersichtliche Wirkung ihres unklaren Amtes, von der Belegschaft aus gesehen weder nützlich noch schädlich. Komische Wucherungen der Bürokratie hatte es schon oft genug gegeben, und man machte sich keine Gedanken. Nachträglich kann man sich vorstellen (ein genaues Wissen darüber gibt es bis heute nicht), was die Leute taten. Sie eruierten die widerstandsfähigen Elemente für den Tag X und stellten ihre schwarzen Listen zusammen. Das war ein sichtbarer, wenn auch getarnter Teil der geheimen Vorbereitungen zum Putsch, der dann am 13. Dezember 1981 stattfand.

Im Herbst 1981 startete das polnische Regime zudem mit der ausdrücklich formulierten Begründung der Kriminalitätsbekämpfung seine «akcja pierscien» (Aktion Ring). Neugebildet wurden dabei unter anderem gemischte Einheiten von Sicherheitsdienst und Polizei. Ferner verstärkte man Mannschaftsbestände und Ausrüstung, alles gegen die Kriminalität wie zum namentlich genannten Beispiel die Spekulation.

### ... in den Proportionen

Was taugen die polnischen Assoziationen an 1981, wenn man an den sowjetischen Beschluss zur Kriminalitätsbekämpfung von 1989 denkt?

Ganz allgemein taugen sie dazu, beim stürmischen Verlauf der sowjetischen Entwicklung daran zu erinnern, wieviel noch möglich ist, und dabei sind Polen 1981 wie China 1989 nur die Extremfälle schierer Denkbareit. Die Spontankräfte, die in der Sowjet-

union von der Perestrojka freigemacht worden sind, überborden die gelenkte Reformbewegung schon längst in verschiedener Hinsicht (zu den nationalen Konflikten sind noch soziale Auseinandersetzungen hinzugekommen) und haben zum Teil schon Ausmasse angenommen, die der ordentlichen Kontrolle entglitten sind. Da liegt der Gedanke nie so fern, es mit ausserordentlichen Massnahmen zu versuchen, partiell oder total.

Das gilt, wie gesagt, allgemein. Aber speziell lässt sich eine Parallele zwischen den polnischen Sondermassnahmen vom Sommer/Herbst 1981 und den sowjetischen Sondermassnahmen vom Sommer 1989 nicht ohne weiteres ziehen, und ein Hauptunterschied betrifft die Offenheit der Ansage.

Die polnischen Putschvorbereitungen von 1981 waren insgesamt eine kohärente Geheimaktion, und nur jener Teil davon, der sich überhaupt nicht verbergen liess, wurde mit rundweg gelogenen Begründungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Da verhält es sich mit dem fraglichen Beschluss aus Moskau anders, der mit warnender Deutlichkeit den Massenungehorsam der sonstigen Kriminalität zurechnet. Das ist bedenklich, passt aber wenigstens nicht ins Bild eines heimlich geplanten Überraschungsschlages.

Ferner ist die Tatsache, dass den ominösen Komitees auch Volksdeputierte angehören sollen, innerhalb der misstrauisch stimmenden Massnahmen doch eine vertrauensbildende Massnahme. Die Zeiten, da man das als Alibiübung vorsehen konnte, sind angesichts des real bestehenden Volksdeputiertenkongresses doch vorüber, und vielleicht soll tatsächlich die Wiederholung dessen vermieden werden, was dieses Jahr in Tiflis passierte, als man Demonstrationen willkürlich unter Giftgaseinsatz auflöste und die parlamentarische Untersuchung erst nachträglich gefordert und beschlossen wurde.

Die blutige Niederschlagung gewaltloser Kundgebungen hat es gegeben und kann es geben. Indessen ist es auch in Georgien, in Usbekistan und jetzt wieder in Karabach zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen, bei denen polizeiliches Eingreifen einen andern Charakter hat. Auch hier fällt es immer schwerer, säuberliche Grenzen zu ziehen. Und was die staatliche Reaktion angeht, fällt es auch immer schwerer, Massnahmen zur Rettung der Perestrojka von Massnahmen zur Liquidierung der Perestrojka zu unterscheiden. Die Definition der Sache explodiert nach allen Richtungen; die Standpunkte vermehren und kreuzen sich.

Der ungarische Parteipräsident Nyers hat in einem Interview gesagt, die Veränderungen im sozialistischen Lager seien grundlegend nicht mehr rückgängig zu machen, aber punktuelle Brems- oder Stoppversuche seien deswegen noch nicht auszuschliessen. Das wird wohl stimmen. □

## LIEBE LESER

Die erste nichtkommunistische Regierung in einem Land des Sowjetlagers ist in Polen jetzt Tatsache geworden; der Präzedenzfall ist gar nicht zu überschätzen.

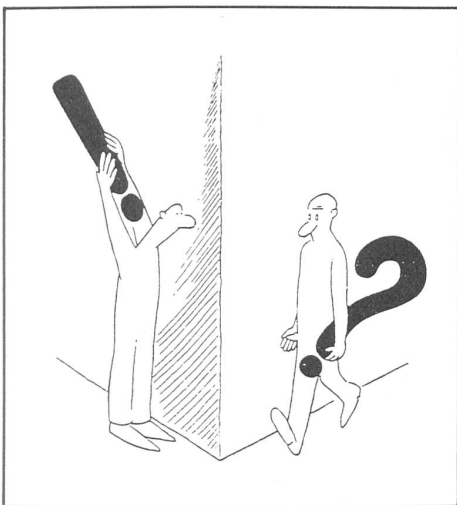
Gewiss: Die massgeblich von Solidarnosc getragene Regierung Mazowiecki hat jetzt die Aufgabe, das Land aus einer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lage herauszuholen, die katastrophal ist, und die polnische Bevölkerung weiss sehr wohl, dass zu einem Freudentaumel kein Anlass ist, und ebenso weiss die bisherige Opposition, dass sie eine drückende Verantwortung übernimmt. Was Lech Walesa ein paar Tage zuvor gesagt hatte, das stimmt: «Seit 45 Jahren ist in Polen die Macht durch eine Partei monopolisiert worden. Das dadurch entstandene Gesellschaftssystem ist verantwortlich für die Armut sowie für die ökonomische, soziale und moralische Krise unseres Landes. Man hat weder die einfachsten Grundbedürfnisse des Volkes gestillt noch das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung gewährleistet.»

Aber ohne die sicheren und unsicheren Schwierigkeiten im geringsten zu übersehen: Es ist die schiere Erstmaligkeit des Vorganges, die überwältigend ist. Eingebettet in eine Systemauflösung, die in Ausmass und Tempo noch vor wenigen Jahren jenseits aller Denkbareiten lag.

Was hier in die existentielle Krise eingetreten ist, das ist jene Ordnung, die sich praktisch bis anhin noch als zukunftsfrüchtige Alternative für den Erdball vorstellen durfte und in unserm Teil der Welt weitgehend auch als solche begriffen wurde, ob geheissen oder befürchtet. Mit der Idee des Sozialismus (in welcher Abwandlung vom realen Sozialismus auch immer) verbanden sich die Beiwörter «progressiv» und «revolutionär», und die Gegenkräfte waren in den Fächer eingeteilt, der sich von «konservativ» und «reaktionär» bis «konterrevolutionär» spannte. Welche Umkehr der Begriffe hat aus dem Lager des realen Sozialismus doch eingesetzt. Die Zukunftsordnung ist so rasch gestrig geworden, dass ihre Anhänger noch gar nicht dazu gekommen sind, sich die Augen richtig zu reiben.

Das bedeutet nicht, dass der geschichtliche Prozess in die neue Richtung von nun an seinen glatten Verlauf nehmen müsste. Es wäre sogar verwunderlich, wenn die Verfechter der überlebten sozialistischen Ordnung ihre Niederlage kampflos hinnehmen würden. Aber was immer sie mit ihren alten Machtmitteln noch tun können, und sei es auch enorm: Es wird das Aufbäumen reaktionärer Kräfte gegen die Geschichte sein.

Christian Brügger



Auf die Frage nach der Zukunft die Antwort mit dem Knüppel? Karikatur ohne Worte aus der deutschsprachigen Monatszeitschrift «STP» (Sozialismus: Theorie und Praxis), Moskau, Nr. 6/1989.